

Niederschrift
über die gemeinsame Sondersitzung
am 18.06.2013

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 16:10 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 18:10 Uhr

Anwesend:

Sozial- und Gesundheitsausschuss

CDU

Herr Copertino

Herr Jung

Frau Kammeier

bis 17.50 Uhr

Frau Osthus

ab 17.35 Uhr

Herr Schön

Herr Weber

SPD

Frau Gorsler

ab 17.10 Uhr

Frau Gündogdu

Herr Kaufmann

Frau Schneider

Frau Schrader

Vorsitzende

Herr Wandersleb

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Frau Mann

Frau Rathsmann-Kronshage

FDP

Herr Spalek

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Beratende Mitglieder

Frau Cascante-Maristany

BfB-Gruppe

Herr Winkelmann

Beirat für Behindertenfragen

Frau Kronsbein

Seniorenrat

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Geilhaar

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Heuer

Beirat für Behindertenfragen

Herr Schuster

BfB-Gruppe

Jugendhilfeausschuss

CDU

Frau Brinkmann

Herr Krumhöfner

Herr Langeworth

SPD

Frau Schrader

Frau Weißenfeld

Herr Stute

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hellweg

Die Linke

Frau Ilgün

FDP

Herr Sander

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Bauer

Herr Beimdiek

Herr Lemhoefer

Herr Onckels

Herr Potschies

Frau Voigt

Beratende Mitglieder

Frau Detering

Frau Eberlein

Herr Epp

Frau Häckel

Herr Kläs

Frau Krause

Frau Puffer

Frau Rammert

Herr Stiegmann

Herr Wendt

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
 Beigeordnete Frau Ritschel
 Frau Schulz

Frau Dr. Delius

Herr Wörmann

Frau Beckmann-Schönwälder
 Herr Hilker
 Herr Puls
 Herr Linnenbürger

Herr Queste

Herr Flachmann

Gäste

Herr Prof. Dr. Peter
 Frau Schellong

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
 Dezernat 3
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt
 Büro für Integrierte Sozialplanung und
 Prävention
 Stab Dezernat 5
 Stab Dezernat 5
 Stab Dezernat 5
 Büro für Integrierte Sozialplanung und
 Prävention
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Amt für Jugend und Familie
 -Jugendamt-

Vorsitzender des Seniorenrates
 CDU-Fraktion

Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Nach vorheriger Verständigung übernimmt Vorsitzende Frau Weißenfeld die Sitzungsleitung. Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die anwesenden Mitglieder der beiden Gremien und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des JHA fest. Die Vorsitzende des SGA, Frau Schrader, verfährt für ihr Gremium entsprechend.

Zum Zwecke der Protokollierung bittet Vorsitzende Frau Weißenfeld die Anwesenden um die Zustimmung für

- die Bestellung von Frau Krumme als Schriftführerin der gemeinsamen Sondersitzung und
- die Aufzeichnung der Sitzung.

Die Anwesenden sind damit einverstanden.

Zu Punkt 1 Mitteilungen

Herr Dr. Schmitz weist darauf hin, dass dem Integrationsrat nicht die Möglichkeit gegeben worden sei, über diesen Antrag zu beraten. Er schlägt daraufhin vor, die Beschlussfassung zu TOP 4.3 nochmal zu verschieben. Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass Vertreter des Integrationsrates an den Sitzungen der Ausschüsse teilgenommen hätten und dass die Zeitgrenze 30.06.2013 eingehalten werden sollte.

Beigeordneter Herr Kähler informiert darüber, dass der Integrationsrat eine beratende aber keine entscheidende Funktion habe. Die Diskussionsergebnisse sind in die Beratungen mit einzubeziehen bzw. zur Kenntnis zu nehmen; haben aber keine bindende Wirkung. Darüber hinaus sei für die Bereiche Integration und Integrationskonzept der Haupt- und Beteiligungsausschuss zuständig, so dass noch die Möglichkeit bestehe Einfluss auf die Entscheidung zu nehmen.

--.-

Zu Punkt 2 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

--.-

Zu Punkt 3 Stellungnahmen zum Antrag Drucks.-Nr. 5741/2009-2014 (Leistungsverträge ab 2014)

Zu Punkt 3.1 Beirat für Behindertenfragen

Herr Kläs und Herr Winkelmann geben zu bedenken, dass Inklusion und Fortführung der Teilhabe am Leben durch die Kürzungsmaßnahmen erschwert oder auch eingeschränkt würden.

Sie machen an Beispielen deutlich, welche Auswirkungen die Kürzungen in folgenden Bereichen haben:

- Beratung von Menschen mit chronisch kranken oder behinderten Kindern,
- Fahrdienstgewährleistung,
- Unterstützung und Begleitung von Angehörigen und Betreuern durch Betreuungsvereine.

Die Ausschüsse nehmen die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Psychiatriebeirat

Die Ausschüsse nehmen die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.3 Weitere Stellungnahmen

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die eingegangenen Stellungnahmen, die allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt worden seien.

Herr Onckels übergibt weitere Stellungnahmen und Unterschriftenlisten mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Vorsitzende Frau Weißenfeld sagt zu, dass die von Herrn Onckels übergebenen Stellungnahmen in geeigneter Weise zur Verfügung gestellt würden.

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Finanzielle Unterstützung der Bahnmissionsmission (Antrag der Fraktion Die Linke vom 07.05.2013 im Rat)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5706/2009-2014

Herr Dr. Schmitz zieht seinen im Rat eingebrachten Antrag zurück, da die Bahnmissionsmission im Änderungsantrag (Drucks.-Nr. 5926/2009-2014) von Kürzungen nicht mehr betroffen sei.

**Zu Punkt 4.2 Leistungs- und Finanzierungsverträge (LuF) ab 2014
(Antrag des Seniorenrates)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5846/2009-2014

Herr Prof. Dr. Peter begründet den Antrag des Seniorenrates und führt dazu u. a. aus, dass ihm die zugrunde liegenden Kriterien für die vorgeschlagenen Kürzungen fehlen.

Vorsitzende Frau Schrader lässt den Sozial- und Gesundheitsausschuss abstimmen.

Beschluss:

Der Seniorenrat bittet den Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, der im Ampel-Antrag vom 14.05.2013 zu den Leistungsverträgen ab 2014

**unter Ziffer 5
vorgesehenen Streichung der jeweils neu zu vergebenden
Projektmittel für Seniorenarbeit in Höhe von 13.000,00 Euro und**

**unter Ziffer 6
vorgesehenen Streichung der im letzten Jahr nicht abgerufenen
Mittel für Seniorenarbeit bei der Gesellschaft für Sozialarbeit in
Höhe von 28.800,00 Euro**

nicht zuzustimmen.

**Wir bitten darum, über die Punkte 5 und 6 jeweils einzeln
abzustimmen.**

- mit Mehrheit abgelehnt -

**Zu Punkt 4.3 Leistungsverträge ab 2014 (Antrag der SPD-, Bündnis 90/Die
Grünen- und FDP-Fraktionen vom 14.05.2013)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5741/2009-2014 (Antrag im SGA)

5754/2009-2014 (Antrag im JHA)

5926/2009-2014 (Änderungsantrag zu

Drucks.-Nr. 5741/2009 und 5754/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist die Anwesenden darauf hin, dass zu den Drucksachen 5741/2009-2014 und 5754/2009-2014 in der Form eines Änderungsantrages ein geänderter Beschlussvorschlag vorliege.

Die Änderungen seien

- a) überwiegend nur redaktionell.
- b) inhaltlich nur in Punkt 12 geändert.
- c) rot geschrieben zur besseren Vergleichbarkeit.

Frau Rathsmann-Kronshage weist darauf hin, dass mit den vorliegenden Anträgen das bewährte System der Leistungsverträge fortgesetzt werden soll. Gewachsene Strukturen und Einrichtungen könnten somit erhalten bleiben. Sie verdeutlicht, dass die Konsolidierungsmaßnahmen zur Finanzierung der beabsichtigten Übernahme von Tarif- und erstmalig von Sachkostensteigerungen bis 3% bei den bestehenden Leistungsverträgen benötigt werden und nicht wie von der Presse berichtet zur Haushaltssanierung. Anschließend geht sie auf die einzelnen Veränderungen im Änderungsantrag ein. Es sei davon auszugehen, dass sich die Haushaltsslage nicht drastisch verbessern werde. Um eine Verschiebung der Entscheidungszuständigkeit von der Kommune zur Bezirksregierung zu vermeiden, seien Träger und Politik dazu aufgefordert, in den kommenden drei Jahren über Angebote zu diskutieren.

Vorsitzende Frau Weißenfeld eröffnet die offene Aussprache zu den politischen Anträgen. Zu Beginn der Aussprache wird festgestellt, dass bei der Übertragung des Änderungsantrages ins Ratsinformationssystem unter Ziffer 6 des Änderungsantrages ein Fehler unterlaufen ist. Die korrekte Fassung lautet:

„6. Reduzierung der Mittel für Seniorenarbeit bei der Gesellschaft für Sozialarbeit in Höhe von: 28.800 €“

Herr Onckels, Frau Häckel und Herr Potschies begründen im Detail die im Vorfeld der Sitzung verteilte umfangreiche gemeinsame Stellungnahme von AGW und Bielefelder Jugendring (**Anlage 1**). Fr. Häckel begrüßt ausdrücklich die Veränderungen unter Ziffer 12, vertritt aber die Auffassung, dass die Einsparung dieser Schulsozialarbeiterstelle einen Verstoß gegen einen bestehenden Ratsbeschluss darstelle. Darüber hinaus geht sie auch auf die Inhalte einzelner Stellungnahmen unter Punkt 3.3 der Tagesordnung ein. Herr Potschies beurteilt für die AGW die Kürzungen als nicht zumutbar und lehnt sie ab.

Frau Hellweg stellt klar, dass mit diesem Änderungsantrag 97% der sozialen Leistungen der Stadt Bielefeld bewahrt werden konnten. Wenn man die Verschuldung in Höhe von einer Mrd. € betrachte, werde deutlich, dass die Einsparungen nur einen sehr geringen Teil darstellten.

Für die CDU-Fraktion führt Herr Weber aus, dass es für eine sachgerechte Einschätzung nicht ausreichte, nur die einzelnen Bestandteile der Drucksache zu bewerten. Die Debatten und Beschlussfassungen im Rahmen der Entscheidungsentwicklung von 2008 bis zur Erstellung des Antrages Anfang 2013 machen seiner Meinung nach die fehlende bzw. nicht ausreichende Kommunikation der agierenden Vertragsparteien deutlich. Er verwehrt sich gegen den Vorwurf der Verweigerungshaltung. Seine Fraktion habe mit ihrem Antrag Anfang 2013 und auch mit anderen Einsparvorschlägen im Laufe der Debatten Verantwortung für dieses Themenfeld übernehmen wollen, das sei abgelehnt worden. Er bemängelt die fiskalisch getriebenen

Kürzungsvorschläge, die sachlich auch anders bewertet werden könnten. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Berichterstattung der Verwaltung über die fiskalische Entwicklung der Haushaltsjahre 2014, 2015 und 2016 in der letzten Ratssitzung. Dort sei vom Kämmerer bereits ein Konsolidierungsvorschlag für den Sozialetat gefordert worden. Sollte der vorgelegte Änderungsantrag beschlossen werden, sei bereits abzusehen, dass ein erheblicher Beitrag fehlen würde. Unter diesen Umständen werde die CDU-Fraktion diesem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Aufgrund der fehlenden Beteiligung des Integrationsrates stellt Herr Dr. Schmitz den Antrag, die Beschlussfassung erneut zu vertagen und über den Änderungsantrag in einer dritten Lesung zu entscheiden. Er kündigt an, dass die Fraktion Die Linke bei den Abstimmungen in beiden Ausschüssen dagegen stimmen werde. In seiner Begründung verweist er auf die sich ergebende Finanzierungslücke bei den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen in den Folgejahren und den höheren Finanzbedarf der Freien Träger.

Frau Geilhaar vertritt die Auffassung, dass keiner diese Kürzung wolle. Die hohen Belastungen einer Kommune, die ursächlich in der Bundespolitik zu finden seien, erforderten bei einer Haushaltssicherung derartige Entscheidungen.

Frau Schneider stellt klar, dass allen bewusst gewesen sei, wenn ein Budget auf dem Stand von 2009 eingefroren wird, es zu Leistungskürzungen komme. Es sei in diesem Zusammenhang aber nie zur Nichtübernahme von Tarifsteigerungen aufgefordert worden. Seit 2010 seien Gespräche geführt worden; Lösungen konnten nicht immer erzielt werden. Mit diesem Änderungsantrag würde ein bisschen mehr Geld zur Verfügung gestellt, mehr sei im Rahmen der derzeitigen Haushaltslage nicht möglich. Darüber hinaus würden damit eine Vertragslaufzeit von drei Jahren sowie sichere Zahlungen und Leistungen garantiert. Konstruktive Vorschläge zur weiteren Finanzierung der Leistungsverträge seien weder von der CDU-Fraktion in ihrem Antrag von Januar 2013 noch von der Fraktion Die Linke vorgelegt worden. Sie verwehrt sich dagegen, Entscheidungen zugunsten der Jugend und gleichzeitig gegen die Senioren zu treffen. Deshalb seien differenzierte Kürzungen in beiden Bereichen vorgeschlagen worden, sie bitte daher um Zustimmung.

Frau Ilgün führt aus, dass die vorgeschlagenen Kürzungen den Präventionsbereich treffen. Dies stelle einen Widerspruch zu den bisherigen Ausführungen von Verwaltung und Politik dar. Mit dieser Vorgehensweise werde Politik unglaubwürdig und könne von den Betroffenen kein Verständnis erwarten.

Als stellvertretende Vorsitzende des Mädchenbeirates der Stadt Bielefeld, warnt Frau Detering vor den zu erwartenden finanziellen und gesellschaftlichen Folgen der Kürzungen.

Herr Wandersleb weist darauf hin, dass niemand Kürzungsentscheidungen gerne treffe. Jeder müsse sich darüber im Klaren sein, dass in den nächsten Jahren noch weitere Kürzungen erforderlich sein werden. Deshalb sollten alle Beteiligten (Politik,

Verwaltung und Träger) die nächsten drei Jahre dazu nutzen, auch die eigenen Bereiche auf bestehende Doppelstrukturen zu überprüfen und Veränderungen herbeizuführen. Darüber hinaus müsse eine Struktur geschaffen werden, die Einsparungen ermögliche und gleichzeitig die Räume für soziale Arbeit schaffe.

Vorsitzende Frau Schrader lässt den Sozial- und Gesundheitsausschuss über den Antrag von Herrn Dr. Schmitz abstimmen.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird erneut vertagt und über den Änderungsantrag, Drucks-Nr. 5926/2009-2014, wird in einer dritten Lesung entschieden.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Vorsitzende Frau Schrader lässt den Sozial- und Gesundheitsausschuss über die Drucksache 5926/2009-2014 abstimmen.

Beschluss:

In Ausführung bzw. zur Konkretisierung des SGA-Beschlusses vom 10.04.2013 wird das Budget folgender Leistungsverträge ab dem 01.01.2014 um folgende Summen reduziert:

- 1. Der Leistungsvertrag im Bereich des Gesundheitsamtes mit der Hedwig-Dornbusch-Schule um 5.000 €**
- 2. Die Leistungsverträge im Bereich des Amtes für Integration um 14.900 €. Es wird erwartet, dass durch die Verwaltung eine ausgewogene Kürzung unter Einbeziehung aller Vertragspartner erfolgt. Die Verwaltung wird gebeten, eine entsprechende Vorlage zur nächsten Sitzung des zuständigen Haupt- und Beteiligungsausschusses vorzulegen.**
- 3. Wegfall der Finanzierung für Information, Vernetzung, Beratung und Vertretung der Mitgliedsorganisationen beim Paritätischen in Höhe von 14.600 €**
- 4. Reduzierung des Leistungsvertrages der Bürgerwache um 5.000 €**
- 5. Streichung der jeweils neu zu vergebenden Projektmittel für Seniorenarbeit in Höhe von 13.000 €**
- 6. Reduzierung der Mittel für Seniorenarbeit bei der Gesellschaft für Sozialarbeit in Höhe von 28.800 €**
- 7. Reduzierung des Leistungsvertrages bei der Drogenberatung**

um 50.000 €

8. Reduzierung des städtischen Finanzierungsanteils beim Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen um 25.000 € aufgrund anzunehmender Ausschreibungseffekte und ggf. Einführung einer geringen Eigenbeteiligung
9. Einführung einer neuen Förderung bei den Betreuungsvereinen auf ein Zwei-Säulen-Modell in Form einer Basisförderung und gezielter Förderung der Gewinnung ehrenamtlicher Tätigkeit. Reduzierung des Leistungsvertrages um 50.000 €
10. Reduzierung des Angebotes an Erziehungs- und Familienberatungsstellen auf das empfohlene Niveau des Bundes.
Insgesamt erfolgt eine Reduzierung von ca. 150.000 € kommunaler Mittel (bei der Arbeiterwohlfahrt um ca. 62.000 €, bei der Diakonie für Bielefeld um ca. 56.000 € sowie bei der Gesellschaft für Sozialarbeit um ca. 32.000 €).
11. Reduzierung des Leistungsvertrages mit dem Bunker Ulmenwall um 25.000 €
12. Abbau einer $\frac{3}{4}$ -Stelle bei der Schulsozialarbeit der Hauptschule Lutherschule zum Beginn der Herbstferien 2014, da die Schule zum 31.07.2014 geschlossen wird. Die Zeit bis zum Beginn der Herbstferien soll für die Begleitung des Überganges der Schülerinnen und Schüler zu anderen Schulen dienen.
Finanzeffekt: ca. 15.000 € in 2014.
13. Reduzierung der Offenen Kinder - und Jugendarbeit um je eine halbe Fachkraftstelle in den JZ Kamp und Luna sowie in den FZZ Stieghorst und Baumheide. Finanzeffekt: 100.000 €

- mit Mehrheit beschlossen –

Herr Onckels stellt im Hinblick auf die Befangenheit einiger Mitglieder des JHA zu einzelnen Punkten im Änderungsantrag den Antrag auf Einzelabstimmung der Punkte.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet den Jugendhilfeausschuss um Abstimmung.

Beschluss:

Der JHA stimmt über jede Ziffer des Änderungsantrages Drucks.-Nr. 5926/2009-2014 einzeln ab.

- bei einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen -

Da einige stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bei einzelnen Punkten des Antrages befangen sind, wird über jeden Punkt einzeln abgestimmt.

Folgende Mitglieder sind befangen und stimmen bei den aufgeführten Punkten nicht mit:

Ziff. 2 => Herr Potschies

Ziff. 8 => Herr Beimdiek

Ziff. 9 => Herr Potschies

Ziff. 12 => Herr Potschies

Ziff. 13 => Herr Bauer und Herr Potschies

Vorsitzende Frau Weißenfeld lässt den Jugendhilfeausschuss über die Drucksache 5926/2009-2014, unter Berücksichtigung der Befangenheit einzelner Mitglieder, abstimmen.

Beschluss:

In Ausführung bzw. zur Konkretisierung des SGA-Beschlusses vom 10.04.2013 wird das Budget folgender Leistungsverträge ab dem 01.01.2014 um folgende Summen reduziert:

1. **Der Leistungsvertrag im Bereich des Gesundheitsamtes mit der Hedwig-Dornbusch-Schule um 5.000 €**
2. **Die Leistungsverträge im Bereich des Amtes für Integration um 14.900 €. Es wird erwartet, dass durch die Verwaltung eine ausgewogene Kürzung unter Einbeziehung aller Vertragspartner erfolgt. Die Verwaltung wird gebeten, eine entsprechende Vorlage zur nächsten Sitzung des zuständigen Haupt- und Beteiligungsausschusses vorzulegen.**
3. **Wegfall der Finanzierung für Information, Vernetzung, Beratung und Vertretung der Mitgliedsorganisationen beim Paritätischen in Höhe von 14.600 €**
4. **Reduzierung des Leistungsvertrages der Bürgerwache um 5.000 €**
5. **Streichung der jeweils neu zu vergebenden Projektmittel für Seniorenarbeit in Höhe von 13.000 €**
6. **Reduzierung der Mittel für Seniorenarbeit bei der Gesellschaft für Sozialarbeit in Höhe von 28.800 €**
7. **Reduzierung des Leistungsvertrages bei der Drogenberatung um 50.000 €**
8. **Reduzierung des städtischen Finanzierungsanteils beim Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen um 25.000 € aufgrund anzunehmender Ausschreibungseffekte und ggf. Einführung einer geringen Eigenbeteiligung**

9. Einführung einer neuen Förderung bei den Betreuungsvereinen auf ein Zwei-Säulen-Modell in Form einer Basisförderung und gezielter Förderung der Gewinnung ehrenamtlicher Tätigkeit. Reduzierung des Leistungsvertrages um 50.000 €
10. Reduzierung des Angebotes an Erziehungs- und Familienberatungsstellen auf das empfohlene Niveau des Bundes.
Insgesamt erfolgt eine Reduzierung von ca. 150.000 € kommunaler Mittel (bei der Arbeiterwohlfahrt um ca. 62.000 €, bei der Diakonie für Bielefeld um ca. 56.000 € sowie bei der Gesellschaft für Sozialarbeit um ca. 32.000 €).
11. Reduzierung des Leistungsvertrages mit dem Bunker Ulmenwall um 25.000 €
12. Abbau einer $\frac{3}{4}$ -Stelle bei der Schulsozialarbeit der Hauptschule Lutherschule zum Beginn der Herbstferien 2014, da die Schule zum 31.07.2014 geschlossen wird. Die Zeit bis zum Beginn der Herbstferien soll für die Begleitung des Überganges der Schülerinnen und Schüler zu anderen Schulen dienen.
Finanzeffekt: ca. 15.000 € in 2014.
13. Reduzierung der Offenen Kinder - und Jugendarbeit um je eine halbe Fachkraftstelle in den JZ Kamp und Luna sowie in den FZZ Stieghorst und Baumheide. Finanzeffekt: 100.000 €

- jeder einzelne Punkt mit Mehrheit abgelehnt –

Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass bei divergierenden Beschlüssen der beiden Fachausschüsse die Entscheidung an den Haupt- und Beteiligungsausschuss weitergegeben werden müsse. Um eine einheitliche Beschlusslage für die Stadt Bielefeld zu erreichen, werde die Entscheidung über den Änderungsantrag im Haupt- und Beteiligungsausschuss getroffen.

Abschließend bedankt sich Vorsitzende Frau Weißenfeld bei den Trägern der Wohlfahrts- und Jugendverbände für die in der Sache harte aber in der persönlichen Auseinandersetzung faire Debatte.

-.-.-

Vorsitzende Frau Weißenfeld beendet die Sitzung um 18.10 Uhr.

Weißenfeld

Schrader

(Vorsitzende des Jugendhilfeaus-
schusses)

(Vorsitzende des Sozial- und Gesund-
heitsausschusses

Krumme
(Schriftführerin)